

26.06.2010

Süddeutsche Zeitung

Druckausgabe

Der Klima-Killer

Beispiel Australien: Warum zu viel Ehrgeiz im Umweltschutz ins politische Aus führen kann

Von Cathrin Kahlweit

Der australische Wissenschaftler Ross Garnaut zitiert resigniert einen Glaubenssatz, den er selbst für eklatant falsch hält: Nationen profitierten dann am meisten vom globalen Klimaschutz, wenn sie selbst weniger dafür tun als andere Staaten. Diese Doktrin konnte Garnaut auch nicht erschüttern, als er im Auftrag der nun gestürzten Labor-Regierung unter Kevin Rudd einen Bericht zu den Auswirkungen des Klimawandels auf sein Heimatland verfasste. Sein Resümee: Australien ist, was den Pro-Kopf-Ausstoß von Kohlendioxid angeht, einer der größten Klimasünder der Welt - und die Folgen der globalen Erwärmung werden das Land besonders stark treffen. Schon jetzt sei es zu spät, um die Folgen abzumildern. Dennoch müsse sich Australien an die Spitze der Bewegung stellen.

Kevin Rudd hatte sich die Mahnung zu eigen gemacht. Der Ex-Premier hatte eine ambitionierte Klimapolitik angekündigt, scheiterte aber nun an den ökonomischen und politischen Verhältnissen. Ähnlich wie Barack Obama, mit dem die Hoffnung auf einen klimapolitischen Neuanfang der USA nach George W. Bush verbunden war, zog Rudd einst mit vielen Versprechen in den Wahlkampf. Australien werde nun für ein Nachfolge-Protokoll von Kyoto kämpfen, einen Emissionshandel einrichten und die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zurückfahren. Obama ist auf ganzer Linie gescheitert - am Kongress, an der Macht der Lobbys, an den eigenen Prioritäten, an der Indifferenz der Amerikaner, die selbst jetzt, angesichts der größten Umweltkatastrophe, die das Land je erlebt hat, nicht zu einem Volk von Umweltschützern werden. Und nun Rudd: Der brachte sein Gesetz zum Emissionshandel nicht durch. Und er geriet in einem beispiellosen Propagandakrieg mit dem Versuch, die Bergbauindustrie an den ökologischen Folgen ihrer Produktion durch eine Steuer zu beteiligen. Am Ende kapitulierte seine Regierung. Das Dilemma, das der Ökonom Garnaut beschreibt, trifft auf die meisten Industriestaaten zu, weil Ökonomie und Ökologie nach wie vor als Kontrahenten betrachtet werden, Australien etwa ist einer der größten Kohleproduzenten der Welt. Der Rohstoff wird, beispiellos billig, über Tage abgebaut und 'zu 70 Prozent ins boomende Asien exportiert. Zehntausende Jobs hängen am Bergbau, das Land stillt seinen Energiehunger selbst durch Kohle. Wer den Strukturwandel will, muss sich mit der australischen Industrie anlegen; das "Greenhouse Network" ein Zusammenschluss von Großkonzernen, hat es sich viel kosten lassen, den Klimaskeptizismus zu befeuern. Und tatsächlich nimmt die Zahl jener Australier wieder zu, die glauben, die Klimaerwärmung sei mit dem Ende dieses Jahrzehnts abgeschlossen. Auch in den USA sind Zweifel am Klimawandel weit verbreitet.

Den Strukturwandel durchzusetzen in einer Nation, die sich über Fortschritt, Wachstum und Unabhängigkeit definiert, ist schon schwierig genug - obwohl es in Australien stetig trockener und heißer wird, obwohl Dürren, sterbende Riffe und eine kaputte Ozonschicht den Australiern die Endlichkeit ihrer Welt täglich vor Augen führen. Wenn aber die Angst vor massiven Wettbewerbsnachteilen und ökonomischem Niedergang geschürt wird, dann siegen die Beharrungskräfte. George Bush hat jahrelang mit der Drohung Politik gemacht, die USA würden durch den Klimaschutz wirtschaftlich geschwächt.

Rudds Nachfolgerin Julia Gillard wird nun von der Bergbauindustrie zu Gesprächen über die geplante Ausgleichsteuer gedrängt. Es ist absehbar, dass das Projekt kippt. Gleichzeitig hat sie nach ihrer Wahl mit dem US-Präsidenten telefoniert und eine Vertiefung der Beziehungen versprochen. Über einen neuen Anlauf in der Klimapolitik, wie ihn Obama und Rudd noch 2009 zumindest geplant hatten, wurde dabei nicht mehr gesprochen.